

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Das Blatt wöchentlich 10 Pfennig. — Preis: Bei der Post gesandt
durch den Postträger wöchentlich 1.40 Mk. Durch den
Postträger einschließlich Postgebühren 2.25 Mk.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile über deren Raum 30 Pfg., Zeilen-
raum 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 72.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 26. März 1919.

Jahrgang 1.

Oft sehnt sich das Herz, das sich müde geschafft,
Nach neuer Kraft!
Die Kraft aus der Höhe jedoch muß es sein,
Nur die hilft allein!

Käthe Dorn.

Religiöse Zeichen im Sozialismus.

epd. In wie weitgehendem Maße das gesamte deutsche Volk durch die Erörterung der Religionsfragen in Mit-
leidenschaft gezogen ist, das erweisen die fortgesetzten Be-
ziehungen der Presse der verschiedensten Parteirichtungen,
einschließlich derjenigen der Sozialdemokratie. Dabei muß
mit Bedauern festgestellt werden, daß neben würdigen, dem
Ernst des Gegenstandes angemessenen Betrachtungen, die
durchaus die Überzahl bilden, ein Teil der Presse, nament-
lich im Lager der unabhängigen Sozialdemokratie, sich
eines Tones befleißigt, der den Regeln elementarsten An-
standes Hohn spricht. Ein Beispiel dieser Art bietet z. B.
der „Volksfreund“ in Braunschweig (vom 12. März), der
die große Kultusdebatte in der Nationalversammlung
vom 11. d. M. mit einem Theaterstück vergleicht, dem man
den Titel „Kartoffel und Religion“ geben könnte. Zuerst
hatte man sich mit der Kartoffelversorgung beschäftigt: „Mit
dem Kartoffelmangel gab sich die Nationalversammlung
rasch zufrieden, umso ausgiebiger befaßte sie sich mit der Reli-
gion“. Des weiteren heißt es in dem Artikel im Blick auf
die bedauerlichen Vorgänge zur Weihnachtszeit im Braun-
schweiger Dom, die der Abgeordnete Mumm scharf ge-
geißelt hatte: „Selbstverständlich mußte der eiserne Pfaffe
auch der Genossin Fackhauer den in der „guten Gesellschaft“
nun einmal üblichen Geknistri versetzen. — Es erübrigt
sich, auf Mumm's Steinwürfe zu antworten. Die geistlichen
Braunschweiger Pastoren, die ihrem Ärger über die
Revolution in einem schmutzigen Inzerat Luft machten, das
nichts als verleumderischen Ketzerei über die Domfeier vor-
brachte, konnten noch froh sein, daß sie nur Hohnlachen
ernteten. In der herzoglichen Zeit wurde die öffentliche
Beleidigung von Behörden mit einem Jahre Wolsenbüttel
bestraft“. Zugabe muß das Blatt, daß alle bürgerlichen
Parteien, die Demokraten nicht ausgenommen, auf dem
Standpunkt stehen, der christliche Religionsunterricht müsse
ein wesentliches Stück des Volksschulunterrichts bleiben;
das könne man auch so ausdrücken: „Die bisher schon staat-
lich bevorrechtigte Sklavenreligion — denn auf die Er-
ziehung zur Gedankenlosigkeit und Unterwürfigkeit ist es
abgesehen — soll auch weiterhin den unteilslosen Kindern
von frühester Jugend an eingetrichtert werden“.

Jedoch sind nicht alle sozialdemokratischen Organe und
Kreise gewillt, in einen ähnlichen Ton zu verfallen. Sie
zeigen vielmehr zum Teil ein beachtenswertes Verständnis
für die religiösen und kirchlichen Bedürfnisse unserer Tage.
So prägte ein Führer der badischen Sozialdemokratie,
Stadttrat Dr. Dieh-Karlsruhe, jüngst die Formel, daß „die
neue Massenschlacht nicht gekämpft werden wird zwischen
Christentum und Sozialismus, sondern zwischen Christen-
tum und Sozialismus auf der einen Seite gegen Kapital-
ismus und Mammonismus auf der anderen Seite“. Schon
im September 1912 hatte der gleiche Abg. im badischen
„Volksfreund“ einmal geäußert: „Ist so die Religion für
menschliche Begriffe ewig und gehört dem Sozialismus die
Zukunft, so müssen auch die beiden zusammenkommen, mag
dies auch freidenkerischen Religionsbekämpfern innerhalb
der Sozialdemokratie und religiös verkleideten Vor-
kämpfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in der
Kirche gleich ungelegen sein“. Und unlängst richtete er im
gleichen Blatt einen Appell an die katholischen Geistlichen,
sich dem Sozialismus zuzuwenden, mit den Worten: „Wo
bleiben die streitbaren Ordens- und Weltgeistlichen der
katholischen Kirche, die in Holland, in England, in den
Vereinigten Staaten zusammen mit dem Proletariat den
Kampf gegen das Großkapital, den Kapitalismus, führen?
Geistliche, hinein in die Sozialdemokratie! Sozialdemo-
kraten, hinein in die Kirche! Und wenn die Welt voll
Teufel wäre, es muß uns doch gelingen!“

In der Nationalversammlung zu Weimar erklärte am
21. Februar ds. Js. der sozialdemokratische Abg. Meerfeld
u. a.: „Ich hoffe auf eine friedliche Lösung dieser Streit-

fragen (betr. Staat und Kirche), wie auch, daß Kirche und
Sozialismus einmal den Weg zu einander finden werden.“

In einem Artikel im „Kirchl. Familienblatt für die
evangelische Gemeinde Steglitz“ (vom 16. d. Mts.) setzt sich
„ein entschiedener Sozialist und ebenso entschiedener Christ“
mit der Frage „Kommunismus und Kirche“ auseinander,
der, ob auch scharf in manchen Begründungen, doch nicht
den Ton sachlicher Beurteilung vermissen läßt und manches
wertvolle Zugeständnis bietet. So, wenn es heißt: „Eine
Welt liegt zwischen kapitalistischer und sozialistisch-christ-
licher Lebensauffassung! Ich sage sozialistisch-christlich und
stelle damit beide Begriffe gleichberechtigt und ergänzend
nebeneinander“. Und weiter: „So zögere ich nicht zu be-
haupten, die sozialistische Bewegung sei eine von Gott ge-
wollte, denn sie stimmt in ihren Grundsätzen mit den sitt-
lichen Forderungen des Christentums überein, bahnt der
Völkervereinigung den Weg, gleicht die dem menschlichen
Hochmut und Egoismus entstammenden Klassenunterschiede
aus und will eine Grundlage fürs praktische Leben schaffen,
auf der die Grundzüge des Christentums überhaupt erst
praktisch durchführbar werden.“

Daß auch in der Reichshauptstadt zahlreiche sozial-
demokratische Kreise den christlichen Religionsunterricht er-
halten wissen wollen, beweist die Zuhilfenahme eines Geistlichen
der Berliner Luthergemeinde an den „Berl. Lok.-Anz.“
(vom 14. d. Mts.), in der es heißt: „Die genannte Ge-
meinde wird von einfachen Leuten, darunter vielen Ar-
beitern, bewohnt. Auch in ihr überwiegt bei den ver-
gangenen drei Wahlen die Stimmzahl der beiden sozial-
demokratischen Parteien ganz bedeutend die aller anderen.
Trotzdem zeichnete sich bei der Herumgabe der Protestlisten
gegen die Entfernung des Religionsunterrichts in den
Häusern alles ein, nur in ganz geringen Fällen erfolgte
eine Ablehnung. Es tritt darin, wie klar zu erkennen ist,
eine deutliche Ablehnung aller Tendenzen auf Beseitigung
des Religionsunterrichts zutage.“

So bedauerlich demnach auch manche Ausfälle gegen
Christentum und Kirche im sozialistischen Lager bleiben,
soll doch nicht das Bestreben wachsender Kreise verkannt
werden, eine Brücke des Verständnisses zwischen Sozialis-
mus und Christentum zu schlagen und den Lebenswerten
der Kirche Anerkennung entgegenzubringen. Auf beiden
Seiten wird viel darauf ankommen, daß sich dieses gegen-
seitige Verständnis erweitere, um aufbauende Arbeit bei
der Neugestaltung von Kirche und Staat leisten zu können.

Worauf es ankommt.

War schon der alte Deutsche Reichstag in den Ruf eines
„Schwapparlaments“ gekommen, so scheint die verfassung-
gebende Nationalversammlung es geradezu darauf ange-
legt zu haben, weniger in Taten als in Reden
ihren Daseinszweck beweisen zu wollen. Außer einigen Not-
gelegen, die noch dazu unter fast völliger Ausschaltung der
Opposition, insbesondere der deutschen nationalen und
deutschen Volkspartei zustande kamen, die deshalb die Ver-
antwortung für diese durchgepeitschten Gesetze der Regierung
und den Mehrheitsparteien überlassen können, ist an posi-
tiver Arbeit bisher nur wenig geleistet worden. Daß die
Oppositionsparteien, insbesondere die deutschnationale
Volkspartei es an fördernder Mitarbeit nicht hat fehlen
lassen, beweist die sachlich knappe Redeweise ihrer Ver-
treter, beweisen ferner die zweideutigen und vielfachen
Zusatz- und Abänderungsanträge zu den vorgelegten Geset-
zentwürfen. Worauf es ankommt bei sachlicher par-
lamentarischer Arbeit, zeigt die Rede des deutschnationalen
Abgeordneten Behrens, die wir nach dem amtlichen
Stenogramm folgen lassen:

Ich will versuchen, der Empfehlung des Herrn Präsi-
den, kurz zu sprechen, nachzukommen; das war auch meine
Absicht von vornherein. Obwohl ich ursprünglich nicht die
Absicht hatte zu reden, haben mich verschiedene Äußerungen
der Herren Vorredner doch noch veranlaßt, das Wort zu
nehmen.

Vorerst möchte ich erklären, daß der Herr Abgeordnete
Wurm sich irrte, als er dem Herrn Minister seine Kritik
daß die Rechte ihm Beifall zollte. Dieser Beifall ist auf
unserer Seite nicht erfolgt, sondern es ist lediglich „hört!“
gerufen und damit eine Tatsache hervorgehoben

worden. Ich bemerke das deswegen, weil es im Hause seit
einigen Tagen — ich möchte sagen — geradezu Mode zu
werden scheint, daß, wenn der rechten Seite einem Redner
der Linken mal zugestimmt, das dann gewissermaßen als
eine Bloßstellung des Redners hingestellt wird. Wir lassen
uns auch in unsern Beifalls- und Mißfallensäußerungen
von sachlichen Gesichtspunkten leiten. Das sollte die Linke
beachten.

Meine Damen und Herren! Wir haben den Ausführun-
gen des Herrn Abgeordneten Heim mit großem Interesse
zugehört und wir stimmen ihm in allen wesentlichen Punkten
zu. Wir hätten auch gewünscht, daß die Erörterungen unter
dem großen Gesichtswinkel geblieben wären, unter den die
Herren Dr. Roefide und Dr. Heim die Debatte gestellt
hatten. Das ist leider bei meinen Herren Vorrednern —
ich nehme den Herrn Minister Bauer aus —, besonders
bei dem Herrn Abgeordneten Wurm nicht der Fall gewesen.
Es wurde uns der Vorwurf gemacht, Herr Dr. Roefide hätte
durch seine Ausführungen eine große Agrardebatte alten
Stils hervorgerufen, und gewissermaßen so hingestellt, als
sei dies nicht nötig gewesen. Nun, meine Damen und
Herren, die Ausführungen des Herrn Dr. Roefide
waren notwendig, weil die in Frage kommenden Verord-
nungen unserer Auffassung nach von tiefgehender Bedeutung
für Volks- und Wirtschaftsleben sind. Aus diesem Grunde
und um die Unhaltbarkeit und Unzweck-
mäßigkeit dieser Verordnungen nachzu-
weisen, mußte der Herr Abgeordnete Roefide auch dar-
auf eingehen, warum namentlich die Landverordnung so
wenig dem praktischen Leben angepaßt, ja sogar der Volks-
wirtschaft abträglich ist. Ich bedauere deshalb auch sehr,
daß der Herr Abgeordnete Braun, der doch im Hauptamt
zugleich preussischer Landwirtschaftsminister ist, es für
zweckmäßig hielt, dies als „agrarpolitische Maßnahme“ zu be-
zeichnen. Ich glaube, in diesem Ton können wir hier nicht
recht verhandeln.

Die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Roefide
waren von der tiefen Sorge eingegeben, die wir und beson-
ders die Landwirte innerhalb unserer Fraktion um die
deutsche Volksernährung für Gegenwart und Zukunft
haben.

Wir müssen uns dagegen verwahren, daß man das als
Märgen bezeichnet.

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Heim den Wunsch aus-
gesprochen hat, daß die Nationalversammlung die schweren
Sorgen

um die Sicherstellung der Zukunft unseres Volkes

in bezug auf Arbeit und Ernährung, die uns alle erfüllen,
über allen Parteistreit erhaben, besprechen möchte, so sind
wir von diesem Wunsche seit Beginn der Nationalversamm-
lung beseelt gewesen. (Sehr richtig! rechts.)

Das war ja der Zweck der Ensklichung, die wir bei der
Programmberatung vorlegten und über die Sie (nach links)
zur Tagesordnung übergegangen sind. (Zustimmung rechts.)
In dieser Ensklichung sind alle diese Fragen, die heute
durch Dr. Roefide eingebracht, zur Sprache gekommen und
von fast allen Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen,
als die wichtigsten und ernstesten Fragen der Zeit aner-
kannt wurden, angeregt worden, um eine sachliche Aus-
sprache darüber herbeizuführen, die Frage über die Ge-
staltung der Wirtschaft, ob freie oder Zwangswirtschaft, die
der Frühjahrsbestellung, der Düngemittelbeschaffung u. v.
Das ist uns leider durch die Wortabkneidung unmöglich
gemacht worden, und ein kleinlicher Streit der Parteien,
insbesondere der Linken untereinander, an dem wir nicht
beteiligt waren, hat nachher tagelang die Verhandlungen
ausgefüllt. Insbesondere beklagen wir, daß man selbst von
der Ministerbank — von den Abgeordneten der Linken ganz
zu schweigen — kaum eine Rede hat halten können, ohne
auf die Deutschnationalen als die Reaktionären be-
schimpfend hinzuweisen. (Zurufe links.) — Das ist Ihnen
natürlich unangenehm, aber es muß trotzdem ausgesprochen
werden!

Ich freue mich nun, feststellen zu können, daß schon seit
Anfang dieser Woche im Volkswirtschaftsausschuß die Ab-
sicht besteht, die Fragen der Landwirtschaft zur Verhandlung
zu stellen. Leider ist es bisher noch nicht dazu gekommen,
weil es an der Zeit mangelte, da das Haus des Vo-mittags
und des Nachmittags Sitzungen abhält und deshalb für die
Auskunftsarbeit keine Zeit war.

in der No

den.

ben am Sonn-
ger gegen die
stüdelung von
n. Der Ein-
verstärkt durch
nach Schluß
vom Sport-
der Wilhelm-
spielten das
wurden voran-
ten, wie „Für
einen Rechts-
ante Wilsons“

stanzlerpalats
er Schiffer am
ielt von der
Darauf nahm
che ich Ihnen,
sten steht, um
s verlangen.
eine augen-
borten spricht
um zu stehen

n dem lassen
ge des Rechts
(Stürmischer

iffkängen mit
r Spitze die
n Sportpalast
der Reichs-
ch zur Reichs-
ur Musik
nd die „Wacht
iffer war bei
t, und seine
n seine Mag-
als national-
iditen Vertei-
sagte zu der
n! Ich danke
g. Der Geist,
r Reichsregie-
den wie Sie.
Es ist der
nd das wol-
is sprach der
enge auf der

u Ihnen als
er deutschen
mit tief ins
, in dem sie
der Treue
nd Regierung
em deutschen
d. Ich fasse
g gesagt ha-
:

minder auch
leibige Nach-
sehr inter-
s geschäftliche
Reiches. Zu-
hählten Namen
trotz des von
en Bären ein
cht auch ein
in seine Be-
g „low“ sind
hsten freisch
und Müller
r, ja dieser
der Schreib-
80 Namen.
Mayer und
er überlegen,
nspricht auch
„Schulz“ und
und schließ-
an alle diese
dann kommt
je 4 Spalten
Berlin eine
ndigen Men-
er ohne „A“
e Stadt wie
Bonn aus-
n zufrieden,
Namenmarkt
Schulzens
Seiten, also

Antifemiten-
zahlreichen
Seiten, Revh
Seiten.

Was deutsch ist, muß deutsch bleiben.
Mag es sich um Ost oder West, mag es sich um
Danzig oder das Saargebiet handeln (Kurze: Po-
len!), seien Sie versichert, die Reichsregierung wird
das Gebot der Treue zum Volke, das Gebot der
Ehre, das Gebot des Rechts ohne Wanken und
unwandelbar erfüllen! (Stürmischer, anhaltender
Beifall.)
Die Menge auf der Straße stimmte entblassenen
Gesichtes an: „Wir treten zum Beten“ und zog dann
nach dem Bismarckdenkmal und brachte dem Manen
des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches eine be-
redete Huldigung.

Begrüßung Ludendorffs.
Als der für die bedrohte Ostmark demonstrie-
rende Zug mit seiner Spitze schon am Wilhelmplatz
angelangt war, brante sich plötzlich die Menge an
der Ecke der Behrenstraße. Dort befand sich General
Ludendorff gerade mit seiner Gattin auf dem Wege
zu den Linden. Alles umdrängte den General und
brachte ihm eine begeisterte Huldigung dar. Luden-
dorff entzog sich den Ovationen, indem er sich in das
nächste Haus begab. Dort hat er von einem Par-
terrefenster aus erst durch Handbewegungen, und dann
schließlich mit den Worten: „Ich bitte doch weiterzu-
gehen“ um Beendigung der Huldigungen, sich immer
wieder erneuernden Huldigung, worauf der Zug sich
schließlich in Bewegung setzte.

Militärische Knebelung.
Die Angst vor den Turnvereinen.
Eine amerikanische Nachrichtenquelle will von gut
unterrichteter Seite erfahren haben, daß der Be-
herrschter folgende militärischen und maritimen Bedin-
gungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, end-
gültig angenommen hat:
Die deutsche Armee soll aus höchstens sieben
Divisionen Infanterie und drei Divisionen
Kavallerie, zusammen 100 000 Mann be-
stehen. Das Offizierskorps darf 4000 nicht überstei-
gen. In den verschiedenen Kriegsministrien dürfen
nicht mehr als 300 Offiziere und ein Zehntel der Be-
amten vom Jahre 1913 beschäftigt werden. Die
Kriegsschule des Generalstabes und ähnliche Einrich-
tungen werden abgeschafft. Es wird nur eine Militär-
schule zur Heranbildung von Offizieren aller Dienst-
zweige gestattet.

Veteranenvereine, Turnvereine und andere
Organisationen, in denen militärische Übungen abge-
halten werden, sind verboten. Alle Festungen
innerhalb einer Strecke von 15 Meilen vom Rhein
werden geschleift. Neue Werke dürfen nicht an-
gelegt werden. Die Kavallerie verfügt über 18 000
Karabiner, 36 schwere Maschinengewehre und 36 Feld-
geschütze.

Schwere Artillerie ist verboten.
Munitionsvorräte werden auf das äußerste beschränkt
werden. Die Lage der Munitionsdépôts muß bekannt-
gegeben werden. Die Alliierten behalten sich das
Recht vor, die Zahl der Munitionsfabriken zu be-
schränken. Das über die festgesetzte Menge hinaus-
gehende Kriegsmaterial muß den Alliierten ausgelie-
fert werden. Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmate-
rial mit Einschluß von Stützgasen, Panzerautos und
Tanks sind verboten.

Die Marine
darf aus Schlachtschiffen der Deutschland- oder Voth-
ringerklasse, sechs leichten Kreuzern, zwölf Zerstörern
und zwölf Torpedobooten bestehen. Für Panzerschiffe
wird als größter Tonnengehalt 10 000, für leichte
Kreuzer 6000 Tonnen, für Zerstörer 800 Tonnen,
für Torpedobooten 200 Tonnen bestimmt. Schlachtschiffe
oder Kreuzer dürfen erst dann ersetzt werden, wenn
sie 20 Jahre alt sind, Torpedobooten, wenn sie 15 Jahre
alt sind.

Das Personal der Marine wird auf 15 000 Mann
mit Einschluß von 1500 Offizieren beschränkt. Alle
Hilfskreuzer, die abgerüstet werden können, werden
Handelschiffe, alle U-Boote müssen ausgeliefert
werden.

Verbot von neuen U-Booten
ist verboten. Die Befestigungen, die die Zugänge zur
Ostsee beherrschen, werden geschleift, die Benutzung
fläckerer drahtloser Stationen für militärische, mar-
itime und politische Zwecke ist ohne Zustimmung der
Alliierten nicht gestattet. Militärische und maritime
Luftfahrzeuge sind nicht gestattet außer hundert
Wassersflugzeugen bis zum 1. Oktober zur Vernichtung
von Minen. Flugplätze innerhalb 93 Meilen östlich
des Rheins oder 93 Meilen westlich der Ostgrenze
oder 93 Meilen von der italienisch-tyrchenoslowa-
schen Grenze sind nicht gestattet.
Wenn diese Bedingungen sich bewahrheiten, dann
spricht aus ihnen die furchtbare Angst, daß Deutsch-
land eines Tages die Ketten, die man ihm schmieden
will, abwerfen könnte.

**Aus der Waffenstillstands-
Kommission.**

Der Vertreter der deutschen Regierung teilte den
Alliierten in einer Note mit, daß Deutschland in der
Lage und bereit sei, eine Anzahl deutscher Schiffe
in deutschen Häfen oder in Rotterdam mit genügenden
Mengen Kohlen zu versehen, um

transatlantische Fahrten
ausführen zu können, ohne England anzulassen. Die
zuständige alliierte Stelle werde ersucht, sobald wie
möglich mitzuteilen, welche Schiffe für eine unmittelbare
transatlantische Fahrt in Aussicht genommen sind. Ent-
sprechend der Zusage bei den Brüsseler Verhandlungen
am 13. und 14. März werde gebeten, die deutsche
Mannschaft auf diesen Schiffen zu belassen. Der Ver-
treter der deutschen Regierung wies hierbei darauf hin,
daß unter den deutschen Seeleuten große Erregung
herrschte, weil die deutsche Bemannung in den alliierten
Häfen wieder abgemustert werden soll. Dieser Umstand
gab bereits zu Schwierigkeiten bei der Anmusterung
geführt.

In einer Note wiederholte die deutsche Kommission
die bereits in Brüssel vorgebrachte Bitte um
Freigabe eines Fischereigebiets
in der Nordsee. Den Alliierten wurde eine See-

zarte mit Einziehung des betreffenden Gebiets über-
geben. Unter Hinweis auf die Wichtigkeit dieser Frage
für die deutsche Volksernährung wurde um eine schnelle
und befriedigende Entscheidung gebeten. Der deutsche
Wunsch geht dahin, daß die Fischerei im ehemaligen
englischen Sperrgebiet in der deutschen Bucht und
daran anschließend im Elagerral und Kattegat bis zur
Ostsee zugelassen wird.

Der Entwurf Moulens für das
Abkommen in Posen,
den der französische Vorkämpfer der deutschen Kom-
mission in Posen übergeben hatte, wurde heute den
Begnern mit dem ausdrücklichen Zusatz übermittelt,
daß die deutsche Regierung Stimme dem Entwurf nicht zu.

Die französischen und belgischen Besatzungsheere
wirden tr des deutschen Protestes vom 19. 2. noch
immer von den entlassenen deutschen Offizieren im
besetzten Gebiet Photographien und genaue Angaben
über ihren Aufenthalt während des Krieges. Die
Erhebungen sollen wahrscheinlich dazu dienen, die Offi-
ziere wegen Kriegshandlungen zu verfolgen. Dies
widerpricht dem Waffenstillstandsvertrag. Es wurde
außerdem gegen dieses Verfahren der Gegner
protestiert.

Nach Mitteilung des Erzbischofs von Köln hat der
britische Polizei-Offizier in Berg-Elabbach, Kreis Müs-
heim a. Rh., das

Säulen der Kirchengloden
vor 8 Uhr morgens ohne Angabe von Gründen ver-
boten. Deutscherseits wurde die Aufhebung des Ver-
botes gefordert.

Am Nord-Schleswig.

Die Reichsregierung ist nach wie vor bereit,
das Wilsonsche Programm der Selbstbestimmung der
Völker auch bezüglich der dänischen Teile Nord-Schles-
wigs loyal und ohne Hintergedanken zur Anwendung
zu bringen. Sie ist also damit einverstanden, daß
den Nord-Schleswigern die Frage vorgelegt wird, ob sie
tänen werden oder Deutsche bleiben

wollen. Die Voraussetzung des Selbstbestimmungs-
rechts ist aber eine freie Abstimmung, durch die der
wahre Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt.
Die Reichsregierung wird sich daher mit Nach-
druck dafür einsetzen, daß die neue Grenze auf der
Grundlage des Abstimmungsergebnisses in den Ge-
meinden eingeführt wird, auch soweit Nord-Schleswig
in Betracht kommt.

Präsident Wilson hat für Polen den Grundsatz
aufgestellt, daß nur Gebiete mit „unbestritten“ po-
nischer Bevölkerung an den neuen Staat fallen sollen.
Dieser Grundsatz muß auf Nord-Schleswig analoge An-
wendung finden. Die Reichsregierung wird daher
dafür eintreten, daß zur Abtretung von nord-schles-
wigschen Gebietsteilen

eine Zweidrittel-Majorität
erforderlich ist. Das Verlangen einer qualifizierten
Mehrheit entspricht umso mehr der Billigkeit und
dem Sinne der Wilsonschen Grundsätze, als im gegen-
wärtigen Augenblick für die Stimmabgabe zugunsten
Dänemarks eine Reihe materieller Vorteile vorüber-
gehender Art in die Waagschale fallen. Werden diese
ausschlaggebend, so kommt es nicht zu einer Lösung
im Sinne der Völkervereinigung, sondern es wird

eine deutsche Irredenta
sich bilden, sobald diese Vorteile nicht mehr einseitig
bei Dänemark zu finden sein werden. Endlich scheint
es selbstverständlich, daß alle Schleswigler gleichen
Stimmrecht haben müssen und daß auch den noch
in Kriegsgefangenschaft zurückgehaltenen deutschgefinn-
ten Nord-Schleswigern die Beteiligung an der Ab-
stimmung ebenso offen gehalten werden muß wie
ihren dänisch gesinnten Landsleuten, die die Entente
vorzugsweise heimbejodert.

**Kleiner sozialdemokratischer
Parteitag.**

Die sozialdemokratische Fraktion der National-
versammlung und der Einzelkandidaten sowohl wie die
Vertreter der Organisationen traten im National-
theater in Weimar zu einer Besprechung zusammen.
In der Debatte über die

Nähefrage
sprach u. a. Ministerpräsident Scheidemann.
Er lehnte das Eingehen auf undemokratische
Forderungen grundsätzlich ab. Die Regierung wisse
ganz genau, daß jetzt auf ein so großes revolu-
tionäres Geschehen die Demokratisierung den Ab-
schluß allein nicht bringen könne. Der Arbeiter-
schaft müsse auch auf dem Produktionsgebiete Ein-
fluß eingeräumt werden. Auch wirtschaftlich müsse ihr
Einfluß so hergestellt

werden wie in politischer Hinsicht. Die Regierung sei
sich dieser Verpflichtung voll und bewusst, und ihre
gesetzliche Formulierung stehe kurz vor ihrem Ab-
schluß. Was über diese Vorlagen der Regierung an
Forderungen hinausgehe, könne mit Demokratisierung
nicht mehr in Einklang gebracht werden. Bei der
Sozialisierung müsse man sich vor jedem Experi-
ment hüten.

Herr Scheidemann äußerte sich auch über die
Vorgänge in Ungarn.

Die bolschewistische Regierung in Ungarn sei das
Ergebnis der imperialistischen Politik der Entente.
Sie spiele mit dem Feuer, wenn sie uns nicht bald
einen Frieden, und zwar auf der Grundlage der
14 Wilsonschen Punkte gebe.

Ein zermürbtes Deutschland,
dem man eine Stadt wie Danzig und das Saargebiet
nehme, werde reif für den Bolschewismus, den wir
sonst nicht fürchten brauchten. Der Bolschewismus
in Deutschland aber sei auch der Bolschewismus in
Europa. Friede, Brot und Arbeitsmöglichkeit in
Deutschland seien der Damm, über den der Bolsche-
wismus nicht hinwegkomme. Der Rhein und der
Kanal seien aber keine Abwehrhindernisse.

Gegen 5 Stimmen kam eine Entschließung zur
Annahme, in der es heißt:

Die Konferenz lehnt jede Form der Minderheits-
herrschaft ab und bekennt sich gemäß dem Erfurter
Programm zu den Grundsätzen der Demokratie. Die
Sozialisierung könne in einem durch mehr als vier

streitsjahre verarmten Lande nur schrittweise erfol-
gen. Zur Mitwirkung an den Sozialisierungsmaß-
nahmen, zur Kontrolle, zur Ueberwachung der Gü-
tererzeugung und zur Verteilung im gesamten wirt-
schaftlichen Leben sind gesetzliche Arbeitervertretun-
gen zu schaffen.

Ungarn unter den Kommunisten.

Der „regierende Rat“.

Der revolutionäre regierende Rat hielt Sonn-
abend unter dem Vorsitz von Alexander Garbai seine
erste Sitzung ab, in welcher folgende Beschlüsse gefaßt
wurden: Abschaffung von Rang und Titel, Tren-
nung von Kirche und Staat, Abschaffung aller Zwangs-
steuern für kirchliche und konfessionelle Zwecke.

Der Rat beschloß, sämtliche Regierungskommissare
zu entheben und fordert die Arbeiterräte auf, überall
dreigliedrige Direktorien zu wählen, welche die Ge-
schäfte der bisherigen Regierungskommissare zu versee-
hen haben. Der revolutionäre regierende Rat wird aus
Laienrichtern bestehende Revolutionsgerichte bilden.

Der erste Revolutionsgerichtshof
mit dem Sitz in Budapest wurde sofort errichtet. Der
revolutionäre regierende Rat wies die Volkskommissare
an, Vorschläge über die Sozialisierung der Häuser und
Betriebe binnen kürzester Zeit dem Räte vorzulegen.

Der Eindruck in Paris.

Londoner Blätter melden, daß die Ereignisse in
Ungarn in Paris tiefen Eindruck gemacht haben, und
dort als eine ernste Mahnung angesehen werden, daß
man die Verhandlungen auf das äußerste betreiben
müsse, da man sonst Unruhen in der ganzen Welt zu be-
fürchten habe.

Funksprüche mit Moskau.

Die ungarische Räterepublik trat im Wege der
Gefahr Funkpruchstation mit der russischen Rätere-
publik in Verbindung, indem sie an Moskau zu Händen
Lenins folgenden Spruch abgab:

„Das ungarische Proletariat, welches gestern nacht
die ganze Staatsgewalt an sich gebracht hat, hat die
Diktatur des Proletariats eingeführt und begrüßt Sie
als Führer des internationalen Proletariats. Wir
übergeben Ihnen den Ausdruck unserer revolutionären
Solidarität und entbieten unseren Gruß dem ganzen re-
volutionären russischen Proletariat. Die Partei der
Sozialdemokraten hat sich auf den Standpunkt der Kom-
munisten gestellt. Die beiden Parteien wirken im Ein-
vernehmen, und wir nennen uns, solange der Moskauer
Kongreß seinen einheitlichen Titel für uns feststellt,
ungarische Sozialistenpartei. Wir erbitten in die-
ser Hinsicht entsprechende Weisungen. Die ungarische
Räterepublik erbittet sich ein Schutz- und Trugbündnis
der russischen Sowjetregierung. Die Waffen in der
Hand, bieten wir sämtlichen Feinden des Proletariats
Trug und bittet um sofortige Mitteilung über die mili-
tärische Lage.“

Abends 9 Uhr 10 Minuten traf folgende

Botenschaft aus Moskau ein:

„Meinen aufrichtigen Gruß der proletarischen Re-
gierung der ungarischen Räterepublik und insbesondere
dem Genossen Bela Kun. Ihre Botenschaft habe ich in
diesem Augenblick dem Kongreß der Kommunistenpartei
des bolschewistischen Rußland mitgeteilt. Sie wurde mit
unendlicher Begeisterung aufgenommen. Um die Be-
schlüsse des Moskauer Kongresses und ebenso den Be-
schluß über die militärische Lage mitzuteilen, ist es un-
bedingt notwendig, zwischen Budapest und Moskau eine
ständige drahtlose Verbindung aufrechtzuerhalten. Mit
kommunistischem Gruß und Händedruck“ Lenin.“

Die Lage der Sowjets.

Der russische Minister des Auswärtigen Tsch-
tscherin richtete an den Volkskommissar für Aus-
wärtiges in Budapest aus Moskau einen Funkpruch,
in dem er ausführlich die gegenwärtige Lage der
russischen Sowjetrepublik und ihrer Truppen sowie
deren Erfolge namentlich im Süden und in der
Ukraine schildert.

„Das jetzige System der Entente,“ heißt es, „be-
steht darin, nicht ihre eigenen Soldaten gegen uns
zu schicken, sondern andere ins Feuer zu treiben.
Deutschland, das sich ihrem Willen fügt, hat

unter Hindenburg eine neue Armee
als linken Flügel gegen uns gebildet, während die
polnische Armee das Zentrum und die ukrainischen
Belsuratruppen den rechten Flügel dieser Invasions-
armee bilden. Während unsere Truppen im Don-
gebiet und im Gebiet von Uralst-Drenburg siegreich
vordringen, nähert sich der deutsche linke Flügel
Ponewisch, die lettischen roten Truppen bedrohend;
das polnische Zentrum aber bewegt sich gegen Wilna
und Minsk und hat Baranowitsch genommen. Diese
gleichzeitige Offensive ist offenbar die Ausführung
eines wohlüberlegten Planes, hinter dem die En-
tente steht.

Unsere Lage im Westen ist daher schwierig,
am schwierigsten ist die unserer lettischen und litau-
ischen Verbündeten. Wenn nun die ukrainischen Sow-
jettruppen sich Galizien nähern, wo es schon gärt,
sind wir unserem ungarischen Verbündeten nahe, der
im Rücken unserer Feinde steht. Gegen die anstür-
menden Deutschen und Polen werden neue Kräfte
zusammengedogen. Das Erscheinen eines Verbündeten
in Mitteleuropa ist sehr wertvoll.“

W. I. B. bemerkt hierzu: Die hiesige zuständige
Stelle teilt mit, daß es nicht deutsche, sondern Trup-
pen der lettischen und litauischen Regierung sind,
vor denen die Bolschewiki zurückweichen.

Deutsches Reich.

Die preussische Kabinettsbildung.

Die „Dt. Allgem. Ztg.“ schreibt:

An der Zusammenfassung des Kabinetts werden
die Parteien wie folgt teilnehmen: Die Stellen des
Ministerpräsidenten, des Ministers des Innern, des
Finanzministers, des Kultus- und des Landwirtschafts-
ministers übernehmen die Sozialdemokraten. Das Au-

itz- und Volkswirtschaftsministerium übernimmt das Zentrum, das Eisenbahn- und Handelsministerium übernehmen die Demokraten.

Wie wir erfahren, kommt für das Eisenbahnministerium Herr Defer in Betracht. Das Zentrum hat eine Reihe von Kandidaten vorgeschlagen, unter denen genannt werden: Am Behnhoff und der bisherige Kolonialminister Dr. Well.

Die Entente antwortet nicht.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist auf die vom Reichsminister Erzberger nach Paris gerichtete Anfrage, ob es richtig sei, daß man den Deutschen nicht gestatten werde, über den Friedensvertragsentwurf zu debattieren oder irgend welche Veränderungen an ihm vorzunehmen, und daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden, bisher eine Antwort noch nicht eingegangen. Es ist nunmehr nochmals an die Beantwortung dieser Anfrage von Berlin aus erinnert worden.

Das Laugewerbe gegen die Sozialisierung.

Der Deutsche Wirtschaftsbund hat an den Präsidenten des Reichsministeriums eine scharfe Verwarnung gegen die bestehenden Pläne gerichtet. Es heißt da u. a.: „Wir nehmen Abstand davon, die Reichsregierung durch Forderungen mit organisatorischen Zwangsmaßnahmen beeinflussen zu wollen. Wir würden uns aber einer Verschleierung schuldig machen, wenn wir nicht in ernster Weise auf die Gefahren aufmerksam machen, welche sich bei einem weiteren Verfolgen des mit dem Mahmengezeugenwurses über die Kommunalisierung beschrittenen Weges notwendig verwirklichen müßten. Es könnte der Zeitpunkt dann nicht fern sein, wo Industrie, Handel und Gewerbe einmütig sich gegen die Sabotierung unseres Wirtschaftslebens durch unfruchtbaren Doktrinarismus und wirtschaftspolitische Konzeptionspolitik erheben und zur Selbsthilfe greifen.“

Eine Million Stück Vieh verheimlicht.

Im Vorjahre wurde, um eine Kontrolle des Viehbestandes vorzunehmen und so den Schleichhandel mit Vieh wirksam bekämpfen zu können, das Viehstandsverzeichnis in Bayern eingeführt. Diese Einrichtung hatte wenigstens den einen Erfolg, daß es möglich war, Feststellungen darüber zu machen, in welchem Umfange die Viehhalter die Tiere verheimlichten. Ein grelles Schlaglicht auf den „Militarismus“ unserer jetzigen Lebensmittellieferung wirft das Ergebnis einer Nachprüfung bayerischer Viehstände, die in den letzten Wochen vom Bayerischen Kriegswirtschaftsamt unter Heranziehung landwirtschaftlicher Sachverständiger und unter Verständigung von Bauernräten vorgenommen wurde.

In 48 Bezirken wurden 2777 Viehstände einer Kontrolle unterzogen; sie hatten nach den „Münd. N. Nachr.“ das überraschende Ergebnis, daß in diesen 2777 Viehständen 6161 Stück Vieh nicht angemeldet waren. Auf die genannte Gesamtziffer kommen 2092 Rinder, 2810 Schweine, 11140 Schafe und 119 Ziegen.

Nimmt man dieses Nachschauergebnis — es kommen durchschnittlich zwei Stück unangemeldetes Vieh auf den Betrieb — zur Grundlage der Berechnung des in ganz Bayern hinterzogenen Viehes, so kommt man, da Bayern nach der letzten Betriebszählung im ganzen 669 911 landwirtschaftliche Betriebe hat, auf eine Ziffer von 1 339 822 Stück Vieh, die in Bayern nicht angemeldet sind. Wenn man diese Zahl nach unten auf 1 Million abrundet, so hat man damit die Zählung der in Bayern verheimlichten Tiere sicher nicht zu hoch geschätzt.

Die sächsischen Landwirte gegen die Zwangsbezwirtschaftung.

Der Widerstand der sächsischen Landwirte gegen die zwangsweise Lebensmittellieferung dehnte sich auf fünfzehn Gemeinden aus. Zwei Rittergüter in der Grimmaer Gegend beschloßen, die angeordnete Milchablieferung an die Molkereien zu verweigern. Ein-tausend Bauern und 21 Rittergutsbesitzer aus 134 Dörfern beschloßen, die Weigerung zu unterstützen.

Ausland.

Verbesserung der Lage in England.

Das Bureau Europa Press meldet aus London, daß sich die innerpolitische Lage gebessert habe, da die Gefahr eines Streiks sich bedeutend verringerte. Man hofft mit Bestimmtheit, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Streikleitung am nächsten Mittwoch zum Ziele führen werden.

Erregte Auseinandersetzungen.

Aus einer zuverlässigen Pariser Quelle ver-lan- tet, daß die Beratungen über die Polenfrage un- unterbrochen fort dauern, und daß es dabei zu erreg- ten Auseinandersetzungen zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau kam. Orlando war nicht zu den Besprechungen erschienen, obwohl er beson- ders dringlich eingeladen war.

Clemenceau fordert die sofortige Ergreifung von Maßnahmen in Polen und die Entsendung von Trup- pen über Danzig, ohne Rücksicht auf den Wider- spruch und eventuellen Widerstand der Deutschen.

Wilson und mit ihm Lloyd George wollen vor- läufig abwarten, ob die in dieser Richtung unternommenen Schritte nicht doch noch eine beruhig- ende Wirkung haben und ob der Waffenstillstand zu- stande kommt. Als Clemenceau auf seiner Forde- rung, sofort die polnischen Divisionen nach Danzig zu schicken, bestand, wurde ihm erklärt, daß selbst, wenn man das tun wollte, die nötigen Schiffe nicht vorhanden seien.

Die Lebensmittellieferungen.

Der Vorsitzende der britischen Kommission in Spaa- teilte am 23. März in einer Note mit, daß die Aus- führung des Brüsseler Abkommens für rund 35 Mil- lionen Dollar Nahrungsmittel aus amerikanischen Quellen und für rund 20 Millionen Dollar aus bri- tischen Quellen zu sofortiger Lieferung bereit seien. Die deutsche Regierung werde um Mitteilung gebeten, wann die im Brüsseler Abkommen als Bezahlung hier- für vorgesehenen 11 Millionen Pfund Sterling Gold in Brüssel eintreffen werden.

Da die Ueberführung des Goldes nach Brüssel, wie der Entente bereits mitgeteilt wurde, am Witt- woch, den 26. März, erfolgen wird, so dürfte mit dem Beginn der Lieferung der oben erwähnten Lebensmit- tel in kurzer Zeit zu rechnen sein.

Freiwillige fürs Balttenland!

Die Bolschewistengefahr bleibt nach wie vor in der gleichen Größe bestehen. Während durch die neuen Waffen- stillstandsbedingungen die Polengefahr wenigstens etwas gemildert ist, lassen alle äußeren Anzeichen darauf schließen, daß die Bolschewisten nur ihre Kräfte sammeln, um dem- nächst ihren Vormarsch gegen Deutschland fortzusetzen. Die Stellungen haben sich der ostpreussischen Grenze bedenklich genähert und wenn nicht bald eine Änderung der bedroh- lichen Lage eintritt, so fluten die alles vernichtenden Hor- den, die nur an ihre eigene, nicht an die Ernährung der Mitbürger denken, über Deutschland dahin, verzehren, wie augenblicklich in Kurland, auch die letzten Lebensmittel- vorräte und zerstören alle unsere Werte. Einem solchen Deutschland wird von keinem Auslande auch nur der ge- ringste Kredit gewährt, der notwendig ist, um Nahrungs- mittel ins Land zu bringen. Darum helfe alle! Melde dich freiwillig bei den Anwerbungsstellen Balttenland des Grenzschutzes Nordost, oder unterstütze diese Werbung durch freiwillige Spenden (auch Militärkleidung und andere warme Bekleidungsstücke sehr erwünscht). Zögert nicht und erhofft nichts: denn alle Verhandlungen, die mit den Bolschewisten angeknüpft werden sollten, haben sie damit beantwortet, daß sie die Unterhändler erschossen, die Ge- sandtschaft in Riga und Mitau verhaftet und die Gesandts- chaftsgelder beschlagnahmt haben. Die Deutschen im Balttenland haben zum drittenmal ihre Heimat verlassen müssen. Was nicht geflüchtet ist, ist den wilden Herden in die Hände gefallen. Freiwillige, die sich später im Baltten- lande niederlassen wollen, werden besonders bevorzugt. Bei der Ansiedlung werden sie besonders unterstützt. Es ist beabsichtigt, aus Krongütern und Großgrundbesitz Bauern- höfe in Größe von 70 bis 90 Morgen zu bilden nach dem Rentengutssystem, wobei etwa 20 Morgen Freiland zur Ver- fügung gestellt werden soll. Es ist bereits eine Landver- teilungskommission beim Ministerium der baltischen Regie- rung tätig. Freiwillige wollen sich baldigst melden bei der Zweigstelle der Anwerbungsstelle Balttenland Osna- brück, Martinistraße 19, Telefon-Nummer 1561. Die Be- dingungen sind folgende: Mobile Löhnung, tägliche Zulage von 5 Mark und außerdem Balttenzulage von 4 Mark, letztere nach Überschreitung der Reichsgrenze zahlbar, monatliche Treupremie von 30 Mark steigend bis 50 Mark, freie Kleidung, Wohnung und Verpflegung. 14 Tage

Urlaub nach dreimonatiger Dienstzeit, unbedingter Gehor- sam gegenüber Vorgesetzten. Militäranzug, Mantel, Deck- sowie Militärpapiere sind vorläufig mitzubringen.

Letzte Nachrichten.

Die Bedingungen der Unabhängigen für den Eintritt in das Ministerium.

wtb. (Zur. d. Vorl. Reg.) Berlin, 24. März. Wie aus der Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands mitgeteilt wird, hat sie an die so- zialdemokratische Partei in der Preussischen Landesver- sammlung folgenden Schreiben gerichtet:

Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten der preussischen verfassungsgebenden Lan- desversammlung bereit sei, in ein Ministerium einzutreten erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im vor- aus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern. Ferner verlangen wir:

1. Einordnung des Räteystems in die Verfassung. Ent- scheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltungen und in den Betrieben.
2. Völlige Auflösung des alten Heeres und des durch Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums. Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft. Selbstverwal- tung der Volkswehr und Wahl der Führer durch die Mann- schaft. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.
3. Sicherung aller durch die Revolution errungenen po- litischen Freiheiten.
4. Trennung von Staat und Kirche. Verweltlichung der Schule. Sofortige Einführung der Einheitschule.
5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen.
6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung: Die Überführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen wer- den. Die wichtigsten Produktionsmittel in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr, der Grund und Boden, so- wie die Bodenschätze, sind als Volkseigentum zu erklären und unter die gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen auszubauen. Die Verteilung der wichtigsten Güter ist nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln.
7. Nachdrücklichste Vertretung dieser Forderung bei der Reichsregierung. Schärftester Widerstand gegen alle Maß- nahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Adolf Hoffmann. Dr. Kurt Rosenfeld.

Sicherungsmaßnahmen des Verbandes.

Genf, 24. März. Der „Temps“ meldet: Die All- ierten beschloßen die Vermehrung der Besatzungsarmee um vier Divisionen. Die Salonikarmee erhielt Befehl zur Be- setzung Rumaniens.

England gegen die Abtretung von Danzig.

Berlin, 24. März. Das „Hollandsch Nieuwe Bureau“ meldet aus Paris: Die britischen Delegierten haben im Rat der Vierzehn Widerspruch erhoben gegen die Abtretung von Danzig an die Polen, und verlangen weiter, daß der Zugang zum Meere nicht die von den Polen verlangte Breite von 100 Kilometern erhalten darf, sondern wesent- lich schmaler bemessen werden muß. Das sei, so sagt die Meldung, symptomatisch auch für die Frage des Rhein- gebietes.

Hilfungen und Fortschritte der Bolschewisten.

Kottordam, 24. März. „Times“ meldet, daß die russische Räteregierung die Aushebung der Jahrgänge 1898 und 1899 befohlen habe.

Kottordam, 24. März. „Daily Mail“ meldet aus Jassy: Kischinew ist von den Bolschewisten genommen worden. Die rumänischen Behörden verlassen Jassy.

Genf, 24. März. „Matin“ meldet: Sebastopol am Schwarzen Meere ist am 16. März den Bolschewisten in die Hände gefallen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraus, Bethel.

Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, General 11, Amt Bielefeld.

Meerrettichsoße für 4 Personen.

1 kleine Stange Meerrettich, 1 Teelöffel Plantox, 2 Teelöffel Essig, 1 Eßlöffel Mehl, 1/2 Teelöffel Zucker, 1/2 Liter Wasser.

Mehl und Wasser kocht man im Topf unter Rühren zwei Minuten, gibt Plantox und Zucker dazu und läßt die Soße 3 Minuten kochen; dann gibt man den geriebenen Meerrettich an die Soße und den Essig. Mit dem Meerrettich darf die Soße nicht mehr kochen.

„Plantox“ ist in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/4, 1/8 und 1/16 Pfund zu haben und von der Ersatzmittelstelle Hamburg ge- nehmigt. Paraguay-Fleischextrakt-Gesell- schaft m. b. H., Hamburg.

Gehr. Schreibmaschine zu kaufen gesucht.

Angebote unter H. H. 17 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Assistenz-Arzt.

Für eine größere psychiatrische Abteilung wird ein christlich ge- sinnter Mediziner als Assistent gesucht. Meldungen an den Vorstand der Anstalt Bethel bei Bielefeld.

Stellen-Gesuch.

Ein früherer Automobil- schlosser, Ar. angestellter, sucht Stell. ng als herrsch. Aut. ficher, Chauffeur oder Schlosser auf einem Gut. Angebote unter G. L. 29 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Was ist das Evangelium?

von Pastor S. Jaeger, Dozent an der Theologischen Schule zu Bethel.

Eleg. kartoniert, zurückgelegt Statt 1 20 nur — 50.

Es ist in unserer kritisch dän- kelten Zeit ein wichtiges Buch, das dem Ideenleben eines Mannes zu folgen, der mit der Dürft und Sorgen eines wahrheitsliebenden Forschers die Wärme eines lebendigen Glaubens verbindet. (Vollst. Union.)

Bestellungen richtet man freundlichst an das Antiquariat der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld.

Bohnerwachs

hat wieder vorräti- g Adolf Mühlweg, Bielefeld.

Für das II. III. IV. Vierteljahr 1919 bestellt

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Herr	Benennungen der Zeitungen etc.	Bezugs- zeit	B. trag	Bestellgeld
			M S	M S
	Aufwärts*)			
	Bielefeld			

Quittung.

Obige Mark Pfg. sind heute richtig bezahlt.

1919

Post-Annahme.

*) Der Aufwärts kostet vierteljährlich M. 2,40 und 42 Pfg. Best. lgebd.